

# Wahl-Zeit

## Der Wahlzwang.

### Eine reaktionäre Zielbildungsde

Ist seit langem die Forderung der Wahlpflicht. „Du sollst und mußt wählen!“ Das soll der Ruf sein, mit dem die Konservativen in Zukunft den Staat und das Reich retten wollen. Wer nicht zur Wahl kommt, soll in Strafe genommen werden. Wie die Konservativen auf die Idee gekommen sind? Sehr einfach! Von ihren ländlichen Verhältnissen aus! Dort hat man trotz der „heimlichen“ Wahl durch den Stimmzettel die Wähler so häufig und sicher in der Hand, daß man von jedem Wähler im Besitz der Wahlkarte genau feststellen kann, wie er gestimmt hat. Die in dieser Beziehung angewendeten Tricks sind hinsichtlich der Wahlpflicht für die Sache der Reaktion ausbeuten lassen. Daher die konservativste Forderung für die Forderung: „Du sollst und mußt wählen!“

Indessen scheinen in letzter Zeit in der konservativen Partei stellenweise andere Anschauungen über die Wahlpflicht durchgedrungen zu sein. Es verdient bemerkt zu werden, daß sich die „Reaktion“ das führende Organ der Sozialkonservativen heute nicht ohne Entschiedenheit gegen die Einführung der wahlrechtlichen Wahlpflicht ausspricht.

Die wohlmeinendsten Absichten entsprungenen Anregung, das Wahlrecht zur Wahlpflicht zu erweitern, vertritt auch der Deutsche Bürgerverein. In Berlin in einer Verlesung, die Wahlpflicht mit Schul- und Wehrpflicht in Parallele legt. Der Vergleich ist aber — so erklärt die „Reaktion“ — nicht ohne Zweck zu sein. Die Wahl- und Wehrpflicht fordert, fordert dafür, daß die Pflichten in realer Weise erfüllt werden, damit sie zum Segen des Staates ausfallen. Bei der Wahlpflicht fehlt die Möglichkeit einer Kontrolle, ob die Pflicht im Staatsinteresse oder auch nur dem häuslichen erfüllt, ob sie nicht ausgeübt wird in einer Weise, die den Interessen des Staates zum Schaden ist. Der Wohlwollende der gezwungen zur Wahl geht, wird natürlich nicht von freundschaftlichen Gefühlen gegen den Staat, der ihn aus seiner politischen Gleichgültigkeit aufweckt, erfüllt sein. Ein wenig gegen die Forderung der Wahlpflicht zu sein, kann man sich denken, wenn man sich die Interessen und Bedürfnisse des Wählers zu wenig würdigen „Schmerz“ mißbrauchen, indem sie bestimmte Zwecke oder erteilten sonstige Güter und Leistungen. Einzig kommen solche „Zweckmotive“ ja auch jetzt schon vor. Wenn aber das Recht der Wahlpflicht im Interesse der Staatsverwaltung und der Wohlfahrt des Landes liegt, so ist es notwendig, eine Pflicht zu verhängen, die in einem Falle, wo nicht die geringste Einwirkung darauf möglich ist, daß diese Pflicht auch gewissenhaft ausgeübt wird.

Aus Strafe für Wahlsumme wird der Steuerfahrlässige Jahres vorgeschlagen. Wer nicht die Strafe eintritt, der ist als Zeiger, daß er sich nicht der Pflicht der Wahlsumme rüchert. Der Staat würde also in Wirklichkeit eine Anzahl Indifferenter ins Lager der Opposition durch Einführung der Wahlpflicht. Der sozialdemokratische Terrorismus bei den Wahlen ist bekannt. Viele sozialdemokratische Geschäftsleute, die vom Wahlrecht abhingen, dieses Recht nicht zu genießen, wählen nicht zur Wahl, es sei denn, sie könnten versichern, daß sie einen Sozialdemokraten gewählt haben. Ein Geschäftsmann, der in solcher Lage ist, wird also bei Wahlpflicht entweder sozialdemokratisch wählen, oder er hat die Wahl, ob er die Strafe zahlen oder seine ganze Existenz gefährden will. Es liegen also gewichtige Bedenken gegen die Wahlpflicht vor.

Aus diesen Fiktionen spricht offenbar die Ansicht, daß es für die Konservativen mit dem konservativen Terrorismus auf dem Lande bei der Wahlpflicht allein nicht getan ist. Dieser Terrorismus ist zwar sehr stark und wirkungsvoll. Aber er reicht nicht aus, um auch die städtischen Wähler unter das konservativste Joch zu bringen. Daher wird die Zweckmäßigkeit der Wahlpflicht nunmehr auch in wohlhabenden konservativen Kreisen bestritten, zumal man in den Städten nicht einmal der Beamten sicher ist, auf die man konservativste bei Einführung der Wahlpflicht gewiß nicht zuletzt gerechnet haben würde.

**Zur Zivilkammer:** Der Sanitätsdirektor Langer, der beim Jubiläumsvorgang seinen Lebenswahrheitsbericht im zweiten Buche des „Wahl-Zeit“ veröffentlichte, verstarb am 6. Februar im Alter von 67 Jahren. Er war ein Mann von großem Charakter und hoher Intelligenz. Er war ein Mann von großem Charakter und hoher Intelligenz. Er war ein Mann von großem Charakter und hoher Intelligenz.

**Das amerikanische Spionagegesetz.** Nach einem Telegramm aus Washington ist die amerikanische Regierung im Begriff, ein Gesetz zu erlassen, das die Spionage im Ausland verbietet. Das Gesetz beträgt tausend Dollars Strafe bis zu mehreren Jahren Gefängnis, wenn die Information an eine fremde Macht verkauft wurde, zehn Jahre Gefängnis.

**Die chinesische Spionage.** Nach einem Telegramm aus Paris wird dem dortigen „New-Herald“ aus Peking gemeldet, daß die

## Kurze Chronik.

\* Im preussischen Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung der Zwischbauhaushalte.

\* Das Militärministerium hat heute früh in Göttingen eine Besichtigung nach Meß aufgestellt.

\* Professor Frick hat, der Direktor des in Göttingen zu errichtenden physikalisch-chemischen Instituts, hat ein neues Verfahren entdeckt, um dem Stickstoff der Luft künftigen Dünge herzustellen.

Gesamtlich der Mittelmeerseite des Kaiserreiches ist ein Besuch des Kaisers beim Papst in bestimmte Aussicht genommen.

\* Der persische Finanzminister ist den Bedingungen entgegen, die er bei dem am letzten Sonnabend gegen ihn verhandelten Revolventenfall einziehen hatte.

\* Näheres im Text des Blattes.

Welt auch in zentralen Fortschritte machte. In den letzten fünf Jahren hat die Welt in zentralen Fortschritte gemacht. Die Lage in Zentralen bildet auch eine Veränderung. In zentralen Fortschritte gemacht. Die Lage in Zentralen bildet auch eine Veränderung. In zentralen Fortschritte gemacht. Die Lage in Zentralen bildet auch eine Veränderung.

## Die Neugruppierung der Großmächte.

In der europäischen Presse und in den europäischen Parlamenten werden in der nächsten Zeit die Erörterungen über die Neuorientierung der Politik der europäischen Großmächte, die besonders in der Annäherung Russlands an Deutschland (wie in der Vertiefung der englisch-französischen Freundschaft zum Ausdruck gelangt sind, nicht von der Tagesordnung verschwinden.

Im englischen Parlament begannen, wie wir bereits im heutigen Morgenblatt berichteten, die Erörterungen über die auswärtige Politik beim Beginn der Rede des Lord Lansdowne. Im Unterhause erlitten lebhaftere Charakter, erregten, wenn der Leiter der englischen auswärtigen Politik Sir Edward Grey, der wegen des Todes seines Bruders der ersten Sitzung nicht betreten konnte, wieder im Hause erscheinen kann.

Im Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten der ungarischen Delegation vertrat die Frage der Beziehungen zu Österreich-Ungarn die Rede des Abgeordneten Graf Khevenhuller. In dieser Rede wurde die Frage der Beziehungen zu Österreich-Ungarn in einem Maße, wie die Beziehungen zu den übrigen Mächten. In dieser Rede wurde die Frage der Beziehungen zu Österreich-Ungarn in einem Maße, wie die Beziehungen zu den übrigen Mächten.

Wien, 6. Februar.

Minister Graf Khevenhuller erklärte in der ungarischen Delegation, er glaube, daß in den Beziehungen seines Landes über die Beziehungen zu Österreich-Ungarn zu Russland, Frankreich und England Symptome einer unbefriedigenden Haltung dieser Mächte Österreich-Ungarn gegenüber zum Vorschein kämen. Ebenfalls ein Symptom, und zwar ein sehr bedauerliches, sei die wiederholte Rede des Reichspräsidenten v. Bethmann Hollweg vom 10. Dezember gewesen, in der konstatiert worden sei, daß die Beziehungen Deutschlands zu England und Russland in freundschaftlicher Annäherung begriffen seien. Diesem Gesichtspunkte gegenüber sei die Haltung der Mächte Österreich-Ungarn gegenüber zum Vorschein gekommen. Ebenfalls ein Symptom, und zwar ein sehr bedauerliches, sei die wiederholte Rede des Reichspräsidenten v. Bethmann Hollweg vom 10. Dezember gewesen, in der konstatiert worden sei, daß die Beziehungen Deutschlands zu England und Russland in freundschaftlicher Annäherung begriffen seien.

Der Ausschuss hat sich für eine Gruppierung der Mächte in Europa eine andere Gruppierung der Dreieinmächte untereinander sei ausgesprochen und womöglich fester und inniger dem je. Er glaube also ruhig sagen zu können, daß seine Politik konstant seinen wiederholten Darlegungen in der Delegation fortgesetzt habe. Der Ausschuss trat weiter kategorisch der Annäherung entgegen, daß die Ausgestaltung der österreichisch-ungarischen Flotte gemessen an der Ausgestaltung der Flotte Österreich-Ungarns gegen dessen Bundesgenossen Italien gerichtet sei.

Der Ausschuss nahm hierauf das Budget des Reichens im allgemeinen und in besonderen an und sprach dem Minister des Reichens für seine richtige Haltung der auswärtigen Politik der Monarchie Anerkennung und Vertrauen aus.

Die Diplomaten bestritten also noch, wie die Rede des Grafen Khevenhuller zeigt, daß sich eine andere Gruppierung der Großmächte vorbereite.

Wie können Herrn Khevenhuller seine sinnliche Vergnügen, viel Gelübde hat er aber sicherlich selbst bei den Ungarn nicht gelübt.

## Das Opfer des Attentats.

### Der persische Finanzminister gestorben.

Der Revolventenattentat, das am vergangenen Sonnabend gegen den persischen Finanzminister Saad ed-Daulah in Teheran verübt worden ist, hat leider noch den Tod des Ministers zur Folge gehabt. Ein Sonbörner Telegramm meldet uns:

Wie dem „Reuterischen Bureau“ aus Teheran gemeldet wird, ist der Finanzminister Saad ed-Daulah seinen Verletzungen erlegen. Der Mord gelang die Bekanntheit der beiden Mörder, nachdem sie einen von ihnen verwundet hatten. Da beide russische Staatsangehörige sind, hat die russische Gesandtschaft ihre Auslieferung verlangt.

London, 7. Februar.

In Jibokan herrscht große Erregung darüber, daß der russische Konsul sich weigert, den Mann auszuliefern, der am 1. d. M. den dortigen Gouverneur durch mehrere Schüsse verwundet. Es heißt, die Weigerung zeige die Weigerung, sich der Eröffnung einer Bittale der Russischen Botschaft zu unterziehen.

## Student und Politik.

### Eine überfällige Studentenversammlung

Beschäftigte sich gestern abend im großen Saale der Vereinshallen mit dem Thema „Student und Politik“. Einberufen war der Gesamtverband Brandenburg der Freunde der Freiheitlichen Bewegung. Der Versammlungsvorstand betonte bei der Eröffnung, daß es sich keineswegs um irgend eine Kundgebung zu dem Leipziger Fall handele, sondern lediglich um die wissenschaftliche Erörterung der Frage, wie sich der Student zur Politik zu verhalten habe. Als Referenten zu diesem Thema waren abgesehen Landtagsabgeordneter v. Kardorff (Freiheitspartei), Landtagsabgeordneter Professor v. Vitz (Fortschrittliche Volkspartei), Landtagsabgeordneter Dr. Müller (National-Liberaler), Reichstagsabgeordneter Dr. Pfeiffer (Zentrum) und Dr. Paul Roth als Vertreter des freilichlichen Bundes. Der Zentrumabgeordnete Dr. Pfeiffer ließ sich entschuldigen, er habe seinen Wahlsieger von seiner Partei geschickt. Unter den Zuhörern befand sich auch der in letzter Zeit viermalige Professor Dr. Ludwig Bernbach.

Der freikonservative Redner Abg. v. Kardorff äußerte einleitend aus, die Frage der Teilnahme der Studenten am politischen Leben sei anlässlich der bekannten Leipziger Vorgänge mit einer nicht ganz verhältnismäßigen Begeisterung und Eregung in der öffentlichen Meinung behandelt worden. Inwiefern sei es die Pflicht aller Staatsbürger, am öffentlichen Leben teilzunehmen; für die Studenten erwäge besonders die Pflicht sich auf diese Teilnahme vorzubereiten und Politik zu studieren. In der Gegenwart ist das politische Leben ein lebendes, ständiges, ununterbrochenes. Jeder muß mithin gerade die Maßnahmen sich mehr der Politik widmen und nicht dem trügerischen Beispiel der vielen Gelehrten folgen, die sich abenden von der Politik. Die Studenten hätten während der Ferienzeit und besonders nachher sehr eifrig in die Politik eingegriffen. Sie hätten dabei aber ihre Bedeutung übersehen, und so sei es zu dem absonderlichen Wartungsfall (1) und anderen Dingen gekommen. Der Redner rief den Studenten vor allem, daß die politische Bildung die Weisung zu sein habe, nicht die Weisung zu sein, sondern die Weisung zu sein, nicht die Weisung zu sein, sondern die Weisung zu sein, nicht die Weisung zu sein, sondern die Weisung zu sein.

Der nationalliberale Redner Abg. Dr. Müller stimmte dem Vortrager in den meisten Punkten zu, warb sich aber dagegen, daß man das Wartungsfall als etwas Wesentliches bezeichne. Auch dieser Redner fragte über die Bedeutung des politischen Lebens. Der Student solle nicht selbst in die Politik eintreten und nicht selbst Politik machen wollen. Er solle sich aber für die Politik durch eingehendes Studium vorbereiten. Dabei dürfe der Student nicht in die Politik eintreten, sondern die Politik studieren. Dabei dürfe der Student nicht in die Politik eintreten, sondern die Politik studieren.

Abg. Schimms Professor v. Vitz

äußerte sich über die Bedeutung der politischen Bildung. Er betonte, daß die politische Bildung die Weisung zu sein habe, nicht die Weisung zu sein, sondern die Weisung zu sein, nicht die Weisung zu sein, sondern die Weisung zu sein, nicht die Weisung zu sein, sondern die Weisung zu sein. Er betonte, daß die politische Bildung die Weisung zu sein habe, nicht die Weisung zu sein, sondern die Weisung zu sein, nicht die Weisung zu sein, sondern die Weisung zu sein, nicht die Weisung zu sein, sondern die Weisung zu sein.

Dr. Roth's Vortrag vertrat sich als letzter Referent über die Ziele der Freiheitlichen Bewegung, die besteht sei, die Stellung der Studenten der Entwicklung anzupassen, die das Durchschnittsleben immer mehr. Das Bild vom Studenten mit dem Namen und die politische Bildung der Studenten, die heute nicht mehr, als ein großer Teil der Studenten heute im wahlrechtlichen Alter, die Zahl der Studenten sei in den letzten vierzig Jahren von 17000 auf 54000 gestiegen, und das patriarchalische Verhältnis zum Unterricht habe aufgehört. Die Studenten hätten heute eine politische Bildung, die heute nicht mehr, als ein großer Teil der Studenten heute im wahlrechtlichen Alter, die Zahl der Studenten sei in den letzten vierzig Jahren von 17000 auf 54000 gestiegen, und das patriarchalische Verhältnis zum Unterricht habe aufgehört.